

Motion Forum betreffend Gegenvorschlag zur Initiative "grünBLEIBTgrün"

1 TEXT

Der Gemeinderat wird beauftragt, einen Text für einen Gegenvorschlag zur Initiative "grünBLEIBTgrün" zu erarbeiten. Der Gegenvorschlag soll ein zeitlich verkürztes Einzonungsmoratorium vorsehen und mindestens Schürmatten, Siloah und Gümligenfeld umfassen.

Begründung

Der Gemeinderat hat die Initiative „grünBLEIBTgrün“ kürzlich für teilungültig erklärt, die Initiative gelangt somit zur Abstimmung. Gemäss dem Reglement über die politischen Rechte kann der GGR als zuständiges Gemeindeorgan der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellen (Art. 27 Gemeindeordnung).

Ortsplanungsfragen werden in der heutigen Zeit engagiert und kontrovers diskutiert. Auch in der Gemeinde Muri-Gümligen ist die Ortsplanung zum wichtigen Politikum avanciert. Eine Mehrheit der Stimmbevölkerung hat zweimal die von langer Hand geplanten Ortsplanungsrevisionen zurückgewiesen.

Die Analyse legt nahe, dass insbesondere die Einzonung von zusätzlichem Bauland zu Siedlungszwecken – ein zentrales Anliegen der beiden vorgeschlagenen Revisionen – stark bestritten war. Im Vordergrund standen dabei Schürmatten, Siloah und Gümligenfeld, welche gemäss Regionalem Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept als "Vorranggebiete für die Siedlungsentwicklung" gelten. Entsprechend ist denn auch die Einreichung der Initiative "grünBLEIBTgrün" nachvollziehbar.

Der Gemeinderat bringt zwischenzeitlich im Rahmen der "Ortsplanungsstrategie 2013+" die dringendsten und weniger bestrittenen Teile der OPR mit separaten Teilpaketen zur Abstimmung.

Die Frage im Raum bleibt: Ist ein dritter Anlauf für eine umfassende Ortsplanungsrevision – wie dies der Gemeinderat in seiner Antwort auf das Postulat FDP/jf bezüglich Richtplan Verkehr andeutet – in der näheren Zukunft sinnvoll und erfolgsversprechend?

Aus Sicht des Forums ist die Antwort ein klares Nein. Sinnvoll ist angesichts der Abstimmungsergebnisse und der teilweise verkrampften Beziehungen in erster Linie ein Marschhalt. Es muss Raum und Zeit geschaffen werden für die Erarbeitung von grundsätzlich neuen Überlegungen und alternativen Optionen.

Um dies zu erreichen scheint ein Moratorium für Neu-Einzonungen zweckdienlich, wie es die Initiative "grünBLEIBTgrün" beabsichtigt. Allerdings erscheint die vorgeschlagene Dauer von 15 Jahren eher hoch angesetzt. Ein

Gegenvorschlag zur Initiative, welcher das zentrale Anliegen aufnimmt und das Moratorium auf 2020 verkürzt, würde einerseits die Diskussion beruhigen und den notwendigen Raum und die Zeit für neue Gedankenansätze schaffen. Die Gemeinde würde damit andererseits ihre Fähigkeit und Bereitschaft, Brücken zu bauen und auf die Anliegen der Bevölkerung zu reagieren, glaubhaft unter Beweis stellen.

Es ist an allen Gemeindepolitikern, die richtigen Schlüsse aus den Abstimmungsergebnissen zur OPR zu ziehen und sie als Grundlage für die Erarbeitung von alternativen Vorgehensweisen zu nutzen. Im Vordergrund dürften dabei Überlegungen stehen, die auf die Schaffung von zusätzlichem Siedlungsraum innerhalb der bestehenden Bauzonenzielen, etwa indem unternutzte Bauflächen entwickelt und Optionen für gezielte Verdichtungen geprüft werden.

Dies bedarf zuallererst einer eingehenden Analyse und sorgfältiger Abklärungen über die rechtliche und finanzielle Machbarkeit. Die entsprechenden Arbeiten dürften gut und gerne einige Jahre in Anspruch nehmen. Je nach Resultat kann anschliessend eine umfassende OPR, auf einer neuen Basis, sinnvoll sein.

Gümligen, 19. August 2014

G. Siegenthaler Muinde

J. Stettler, K. Jordi, W. Thut, S. Kempf, B. Marti, R. Racine, D. Ritschard, J. Brunner, M. Kämpf (10)

2

STELLUNGNAHME DES GEMEINDERATES

Am 21. Oktober 2014 hat der Grosse Gemeinderat (mit 29 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung) folgenden Beschluss gefasst:

Objektkredit "Strategische Ortsplanung"

Für die "Strategische Ortsplanung" wird ein Verpflichtungskredit über CHF 495'000.00 bewilligt.

Die Metron Raumentwicklung AG ist in der Folge beauftragt worden, im Jahr 2015 den Prozess "Strategische Ortsplanung" unter Beteiligung aller massgeblichen Institutionen und Betroffenen durchzuführen. Dazu ist folgendes Vorgehen festgelegt worden:

- Strategieprozessauftakt im Gemeinderat im Dezember 2014.
- Vorbereitung von Werkstattgesprächen mit der Bevölkerung mittels einer Spurguppe, die mit Vertretern bzw. Repräsentanten aus Parteien, Schule, Wirtschaft / Gewerbe, Dorfverein, Vereinen und dem Initiativkomitee grün-BLEIBTgrün besetzt ist.
- Durchführen von öffentlichen Werkstattgesprächen mit der Bevölkerung mit den Einzelthemen "Muri", "Gümligen", "Wirtschaft" im Zeitraum März/April 2015. Eine Synthese erfolgt in einem weiteren Anlass "Leitbild" im Juni 2015.
- Das Leitbild wird unter Involvierung der Fachkommissionen und des Gemeinderates in der zweiten Jahreshälfte 2015 ausgearbeitet und der Öffentlichkeit zur Stellungnahme unterbreitet.

- Voraussichtlich Ende 2015 wird das Leitbild dem Grossen Gemeinderat GR zur Diskussion und Stellungnahme vorgelegt.

Aus dem skizzierten Ablauf wird deutlich, dass im Jahr 2015 das Thema Ortsplanung mit der Raumentwicklung einer intensiven Auseinandersetzung auf verschiedensten Ebenen unterzogen ist. Da der Gemeinderat sehr an einem integrativen und ergebnisoffenen Prozess interessiert ist, wäre es daher aktuell der falsche Zeitpunkt, mit einem Entscheid zum Gegenvorschlag zur Initiative der Auseinandersetzung mit dem Leitbild bereit eine Stossrichtung vorzugeben.

Der Gemeinderat hat mit der Metron AG einen Planer beauftragt, der eine klare Haltung und ausgewiesene Expertise zur Innenentwicklung besitzt. Damit besteht die Aussicht, mit dem angestossenen Ortsplanungsprozess den Autoren der Initiative in einigen wichtigen Kernanliegen entsprechen zu können, auch wenn diese Anliegen im Kontext mit der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung ganzheitlich austariert werden müssen.

Daher ist der Gemeinderat der Ansicht, dass mit einer Überweisung des Vorstosses als Postulat ein für den Entwicklungsprozess sehr wichtiger Zeitrahmen gewonnen wird. Gegen Jahresmitte kann auf der Grundlage wesentlicher erster Schritte des Leitbildprozesses der Entscheid gefällt werden, ob der Initiative mit einem Gegenvorschlag begegnet werden sollte.

3

ANTRAG

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir dem Grossen Gemeinderat, folgenden

Beschluss

zu fassen:

Überweisung des Vorstosses als Postulat.

Muri bei Bern, 8. Dezember 2014

GEMEINDERAT MURI BEI BERN

Der Präsident: Die Sekretärin:

Thomas Hanke Karin Pulfer